

Housing First, 8.11.2012

Wie erwartet wurde das Konzept von den zahlreich erschienenen TeilnehmerInnen durchaus kontroversiell diskutiert.

Was auf den ersten Blick durchwegs positiv wirkt, offenbart Tücken im Detail. So wird ein Teil der Betreuung auf Ehrenamtliche ausgelagert, verliert dadurch massiv an Professionalität und wird für die Geldgeber interessant weil kostengünstiger. Strukturelle Bedingungen wie zum Beispiel leistbarer Wohnraum sowie das sozialarbeiterische Beratungs- und Betreuungsangebot müssen jedenfalls vorher ausreichend zur Verfügung stehen. „Housing first“ kann nicht funktionieren, wenn diese Voraussetzungen fehlen.

Auch bei der konkreten Umsetzung von verschiedenen Projekte zeigt sich, dass „Housing First“ in der Praxis verwässert wird. Der Umbau großer Wohneinrichtungen, bei dem für die BewohnerInnen statt Mehrbett- jetzt Einbettzimmer zur Verfügung stehen, entspricht nicht dem Konzept von „Housing first“! „Housing first“ kritisiert zu Recht das häufig praktizierte Stufenmodell in der Wohnungslosenhilfe und schafft dieses ab. In der Praxis sehen einige Konzepte verschiedene „Phasen“ vor. Es ist notwendig, sehr aufmerksam und kritisch zu beobachten, ob hier nicht unter einem anderen Namen das derzeit vielfach notwendige „Hochdienen“ über die Stufenleiter von Wohnungsloseneinrichtungen in der Praxis bestehen bleibt. In Salzburg hat ein Projekt „Housing First“ im Herbst gestartet und soll bis Ende des Jahres Zugang zu 5 Gemeindewohnungen erhalten. Zum Sozialarbeiterischen Angebot konnten auf Nachfrage unsererseits noch keine konkreteren Angaben gemacht werden, sehr wohl gibt es aber schon konkrete Vorstellungen über eine möglichst rasche Einbindung von Ehrenamtlichen...

Es zeigte sich in der Diskussion auch, dass „Housing First“ nicht das Rad komplett neu erfand, Teile des Konzeptes finden in der Praxis seit Jahren Anwendung. So verfolgen Einrichtungen wie z. B. das DOWAS seit Jahren mittlerweile fast 40 Jahren das Ziel, wohnungslose Menschen ohne Bedingungen in selbständiges Wohnen zu vermitteln.

Vor nunmehr 16 Jahren wurde das Konzept TIWOG (Gemeinnützige Tiroler Wohnungsgesellschaft) in und für Tirol ausgearbeitet und der Landesregierung übergeben – leider kam das Konzept nie zur Umsetzung.

Aus unserer Sicht sind einige Ansätze von „Housing First“ durchaus positiv, es gilt allerdings sicherzustellen, dass keine Mogelpackungen an die Politik verkauft werden und KlientInnen auf die gleichen, zum Teil scharf zu kritisierenden, Angebote der Wohnungslosenhilfe, angewiesen bleiben. Es ist zu begrüßen, wenn durch die Umsetzung von „Housing First“ die bestehenden Wohnungslosenasyle endlich aufgelassen werden. Das Angebot von „Betreutem Wohnen“, dessen Bedarf nach wie vor sehr hoch ist und dessen Ausbau sowohl für Erwachsene als auch im Bereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dringend erforderlich ist, darf durch „Housing First“ keinesfalls beschnitten werden.

Weitere Aspekte, die in der Diskussion eingebracht wurden:

- Es gibt zu wenige günstige Wohnungen in Innsbruck/Tirol. Das Verhältnis Gemeinnütziger Wohnbau – Privater Wohnbau muss dringend verbessert werden. Dzt. ist in Tirol der private Wohnungsmarkt weitaus größer als der Gemeinnützige, daher ist eine massive Stärkung des Gemeinnützigen Wohnbaus dringend erforderlich.
- Bei der Änderung der Vergaberichtlinien für Stadtwohnungen in Innsbruck wurde der Zugang für die Mittelschicht erleichtert, für KlientInnen der Wohnungslosenhilfe wird es zunehmend schwieriger, Zuweisungen für Stadtwohnungen zu erhalten.
- Einheitliche Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Mietzinsbeihilfe sind immer noch nicht gegeben.

- Obwohl Gemeinnützige Wohnbau-Träger als Ziel eine ausgewogene Durchmischung bei der Vergabe von Wohnungen in ihren Leitlinien haben, passieren in der Praxis Ghettobildungen; Menschen, die für die Anmietungskosten einer Stadtwohnung Unterstützung aus der Mindestsicherung brauchen, werden allein aufgrund dieser Tatsache diskriminiert und erhalten immer öfter befristete Mietverträge – allein aufgrund der Tatsache, dass sie einmalig Mindestsicherung in Anspruch nehmen.
- Die Einkommenssituation von MieterInnen von Stadtwohnungen könnte in regelmäßigen Abständen überprüft werden – wenn aufgrund der tatsächlichen Einkommenssituation kein Anspruch mehr auf eine Stadtwohnung bestünde, könnten Mieten erhöht werden – zugunsten einkommensschwächerer MieterInnen.
- Kurz- bzw. mittelfristig könnte Wohnraum geschaffen werden, indem die zahlreichen leer stehenden Büroräumlichkeiten in Wohnraum umgewidmet werden würden.
- Leerstehender Wohnraum müsste besteuert werden.
- Mietobergrenzen müssten auch für private Wohnungen eingeführt werden (Änderung Mietrechtsgesetz).
- Eine Möglichkeit, die Baukosten um ca. 20 % zu senken, wäre nach Aussagen von Landesrat Pupp der Verzicht auf die teuren Autoabstellplätze im städtischen Bereich bei gleichzeitig guter Anbindung an „ÖFFIS“.
- Die Vollzugspraxis am Sozialamt Innsbruck hat sich bezüglich Wohnungsanmietungen verbessert – Arbeit wird nicht mehr als Voraussetzung für die Anmietung von eigenem Wohnraum gesehen; außerdem sind die Kosten für eine eigene Wohnung wesentlich geringer als die monatlichen Kosten für die Städtischen Notschlafstellen; über das Tiroler Mindestsicherungsgesetz gibt es quasi ein Recht auf Wohnen.
- Ablösen aus den großen Wohnungsloseneinrichtungen des ISD funktionieren nicht ausreichend, Menschen werden dort nach wie vor hospitalisiert.
- Hohe Anmietungskosten bringen zahlreiche Menschen in existenzielle Notlagen.
- Der Ausbau von Allgemeinen Sozialberatungsstellen auch in den Bezirken ist dringend notwendig.